

Stellungnahme des FR Master of Education/Lehramt bzgl. des NCs auf den Vorbereitungsdienst und die rückwärtige Streichung der Nachreichfristen für den Vorbereitungsdienst vom 09. 06. 2010:

Wir, der Fachschaftsrat Master of Education/Lehramt, haben mit Bestürzung von der gänzlich unerwarteten bzw. unangekündigten Streichung der Nachreichfristen für den Vorbereitungsdienst und der Einführung eines Numerus Clausus (NC) auf den Vorbereitungsdienst Kenntnis erhalten.

Obwohl es nachvollziehbar ist, dass bei steigenden Absolventenzahlen und demgegenüber fehlenden Seminarplätzen für den Vorbereitungsdienst Konditionen erteilt werden müssen, um einen geregelten Ablauf des Einstellungsverfahrens in den Vorbereitungsdienst gewährleisten zu können, möchten wir uns hiermit ausdrücklich von den Maßnahmen der NRW-Landesregierung zu oben genanntem Thema distanzieren.

Zum einen ist es nicht nachvollziehbar, dass solche Maßnahmen trotz Wahlversprechens der CDU-Schulministerin Barbara Sommer, die jedem Lehramtsabsolventen auch einen Platz im Vorbereitungsdienst garantiert hat, durchgeführt wurden.

Zum anderen ist die Kürzung der Nachreichfrist während des laufenden Anmeldeverfahrens für uns völlig unverständlich. Eine derartige Verfahrensänderung bezüglich einer Kürzung der Frist um nahezu zwei Monate „über Nacht“ sorgt dafür, dass vielen Absolventen der Sprung in den Vorbereitungsdienst zum 24.08.2010 auf Grund der unbearbeitbaren Flut von Anträgen in den Prüfungsämtern bzw. der noch laufenden Prüfungen verwehrt bleibt. Diese offensichtlich gewollte Art der Reduzierung der Haushaltskosten durch die Blockierung hunderter Lehramtsabsolventen ist nicht nur unfair, sondern auch bildungspolitisch höchst fragwürdig, da noch über 2000 Lehrer in NRW gesucht werden.

Bevor die Landesregierung den Rotstift bei den eigenen Absolventen ansetzt, sollte sie überprüfen, wie hoch der Anteil der aus den umliegenden Bundesländern zugewanderten Lehramtsabsolventen liegt, um Rückschlüsse daraus auf die Notwendigkeit eines NCs für die zukünftigen Lehrer aus NRW zu ziehen. Diejenigen Referendare, die für den Vorbereitungsdienst aus den umliegenden Bundesländern nach NRW gekommen sind, verlassen nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes erfahrungsgemäß NRW wieder, um in ihr gewohntes Umfeld zurückzukehren. Diese Lehramtsabsolventen sorgen daher für eine erhöhte Nachfrage an Studienseminarplätzen, tilgen aber im Nachhinein nicht das Problem der Lehrerarmut in NRW.

Die Schulen für die Maßnahmen der NRW-Landesregierung verantwortlich zu machen, halten wir für nicht korrekt, da das Argument, diese könnten die große Anzahl an Neureferendaren nicht einplanen und seien schlichtweg überlastet nach einer Unterredung mit den Schuldirektoren nicht bestätigt werden konnte. Im Gegenteil: Die Schulen decken mit Hilfe der Referendare Lücken im Lehrpersonal.

Des Weiteren besteht die Möglichkeit, die zum Teil fachdidaktisch und pädagogisch unzureichend ausgebildeten Seiteneinsteiger aus der freien Wirtschaft, die ebenfalls einen nicht unerheblichen Anteil der Lehrkräfte in den Schulen ausmachen und deren Zahl sich ebenfalls auf den NC auswirken, zu begrenzen. Derartige Alternativen zu einem erwartbar hohen NC scheinen auf Grund der plötzlichen Inkenntnissetzung der angemeldeten Lehramtsanwärter ohne jegliche Vorabmitteilung bzw. Veröffentlichung der Entscheidung auf der Homepage der Landesregierung (Sevon) in keinsten Weise in Betracht gezogen worden zu sein.

Der Vorschlag der Landesregierung an Abgewiesene, während der Wartezeit Vertretungsunterricht zu erteilen, vermag nicht in jedem Fall die Qualität des Unterrichts zu gewährleisten. Dieser Unterricht wird zwar die Wartezeit der abgewiesenen Anwärter nach Einführung des NCs verkürzen, es kann aber nicht übersehen werden, dass bis dahin Absolventen ohne eine qualitative Unterstützung der Lehre in den Schulen tätig würden und sich, wie bekannt sein dürfte, Classroom Management, das nicht an den Universitäten vermittelt wird, entscheidend auf die Qualität der Lehre auswirkt. Abgesehen von der Praxiserfahrung, die die Lehramtsabsolventen dadurch machen könnten, kann diese Maßnahme nicht die Lösung für die Lehrerarmut in NRW sein.

Wir, der Fachschaftsrat Master of Education/Lehramt, solidarisieren uns mit den NRW-Lehramtsabsolventen bzw. den im Abschluss ihres Studiums begriffenen Studenten, die aktuell von den oben genannten Maßnahmen betroffen sind, bedeutet diese doch eine erhebliche zukunftsprospektive Belastung für die abgewiesenen Absolventen!